

FORUM

Fremde Nachbarn

Friedenskonsolidierung und Vergangenheitsbearbeitung in den Post-Konflikt-Staaten Lateinamerikas

Tanja Kasten*

Abstract: Within the last three decades, many Latin American states opted to face the social and political consequences of violent conflict by processing serious violations of human rights by national Truth Commissions. The article focuses on the social challenges inherent to democratic transition and points out the importance of a combined multi-track approach, with a special emphasis on the local and regional level, in order to come to terms with the past.

Keywords: Wahrheitskommission, Friedenskonsolidierung, Versöhnung

Bis heute sind viele Länder des lateinamerikanischen Kontinents von den Spuren einer jahrzehntelangen Geschichte der Gewalt gezeichnet: Bürgerkriege, diktatorische Unterdrückungsregime, die bewaffnete Konfrontation zwischen staatlichen Sicherheitskräften, Guerillaverbänden, Paramilitärs oder terroristischen Gruppierungen bestimmen die jüngste Vergangenheit vieler Staaten in der Region und sind damit häufig auch eine historische Hypothek für die demokratische Transition dieser Länder. Denn wenn systematisch und massenhaft begangene schwere Menschenrechtsverletzungen folgenlos bleiben und die staatliche Führung entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, im Interesse der Opfer politische Verantwortung zu übernehmen, bleiben die Gewalterfahrungen der Vergangenheit unweigerlich ein unüberwindbares Hindernis für den Wiederaufbau tragfähiger sozialer Beziehungsmuster im Sinne einer präventiven Friedenskonsolidierung. Oft genug kollidiert jedoch die Suche nach der Wahrheit, und damit auch nach den Tätern, mit den Interessen politischer und militärischer Machtapparate oder scheitert schlicht an den Unzulänglichkeiten eines defizitären, erodierten Justizsystems. Da für eine gesellschaftliche Aussöhnung als grundlegende Bedingung für die Entwicklung einer nachhaltigen Friedenskultur aber unweigerlich erlittenes und begangenes Unrecht auch als solches benannt werden muss, stehen viele Post-Konflikt-Staaten damit vor der Herausforderung, alternative Mittel und Wege für die kollektive Aufarbeitung der Vergangenheit zu erschließen.

1. Das Instrument Wahrheitskommission

In Lateinamerika sollen seit den 1980er Jahren immer häufiger mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattete Wahrheitskommissionen diese Aufgabe übernehmen. Seither wurden in zehn lateinamerikanischen Staaten Kommissionen eingesetzt, um schwere Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren

und politische Handlungsempfehlungen zu formulieren (vgl. Oettler 2004).¹

Für den Aufbau und die Ausgestaltung einer postkonfliktiven Friedenskultur ergeben sich daraus zwei zentrale Handlungsfelder: zum einen die Wiederherstellung des Rechtsstaates, um begangenes und erlittenes Unrecht klar als solches zu benennen und somit den Opfern der Gewalt zumindest moralisch Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, zum anderen auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene die Wiederherstellung eines tragfähigen sozialen Gefüges, das als wesentliche Voraussetzung zwar zweifellos einer gesellschaftlichen Aussöhnung bedarf, darüber hinaus aber auch belastbare Kooperationsstrukturen für den politischen Dialog im Spannungsfeld von Staat und Zivilgesellschaft erfordert. Dass die politische Realität Lateinamerikas diesem Postulat jedoch kaum oder allenfalls in Ansätzen entspricht, zeigt unter anderem die verbreitete Praxis, durch weitreichende Amnestiegesetze eine Strafverfolgung der Täter zu verhindern, und dies häufig in unmittelbarem Zusammenhang mit den Untersuchungen nationaler Wahrheitskommissionen.²

Dennoch lässt sich anhand dieser durchaus gravierenden Defizite nicht automatisch ableiten, jeder Versuch einer Rekon-

* Tanja Kasten (M.A./M.P.S.) ist Politologin und war im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Peru mitverantwortlich für die Ausrichtung einer lateinamerikanischen Friedenskonferenz.

1 Wahrheitskommissionen gab es bisher in Bolivien (1982-84), Argentinien (1983-84), Uruguay (1985), Chile (1990-91), El Salvador (1992-93), Haiti (1995-96), Ecuador (1996-97), Guatemala (1997-99), Panama (2001-02) und Peru (2001-03). In Honduras gab es zudem einen Untersuchungsbericht des nationalen Menschenrechtskommissars von vergleichbarer Relevanz (1993-94). (Angaben nach Oettler 2004, Cuya 1996, sowie USIP)

2 So etwa in Argentinien mit dem Gesetz des »Punto final« von 1986 (Hoppe 2003); in Chile, dessen Militäraparat unter Pinochet die Einrichtung einer Kommission nur in Verbindung mit einer Amnestiegarantie akzeptierte (Lerche 2000); in El Salvador, wo fünf Tage nach der Veröffentlichung des Kommissionsberichtes eine Generalamnestie erlassen wurde (Brahm 2004); und in Guatemala, dessen Amnestiegesetz 1997 ironischerweise als »Gesetz zur Nationalen Versöhnung« in Kraft trat (Lerche 2000). Peru stellt darin eine Ausnahme dar, da die Ergebnisse der Kommission explizit auch als Grundlage für daran anknüpfende Gerichtsverfahren proklamiert wurden (Oettler 2004).

struktion eines anerkannten demokratischen Gemeinwesens in den Post-Konflikt-Staaten Lateinamerikas sei grundsätzlich zum Scheitern verurteilt. Vielmehr erschließen sich gerade durch die Einsetzung von Wahrheitskommissionen häufig alternative politische Handlungsspielräume. Denn auch wenn deren Instrumentarium nicht mit den Sanktionsmöglichkeiten nationaler oder internationaler Gerichte vergleichbar ist, bringen sie gleichwohl den großen Vorteil mit sich, dass sich auf diese Weise eine breite Öffentlichkeit und damit die Voraussetzungen für eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit herstellen lassen.

2. Transnationale Perspektiven

Obgleich die Art der Gewalterfahrung, die daran beteiligten Akteure, sowie die Bewertung demokratisch-rechtsstaatlicher Institutionen und deren Leistungsfähigkeit durch die Gesellschaft im nationalen Kontext jeweils eine bedeutende Rolle spielen (vgl. GTZ 2005), lassen sich dennoch deutliche Parallelen in den von den einzelnen Kommissionen festgestellten Ursachen und Auswirkungen des gewaltsgemäßen Konflikt- austrags identifizieren. Ein wesentlicher Indikator hierfür ist unter anderem die Tatsache, dass deren Empfehlungen und Schlussfolgerungen in ihren Grundaussagen in weiten Teilen übereinstimmen (IDL 2003, Gairdner 1999). Besonders auffällig ist dies für den Fall Perus, wo anders als in den übrigen Ländern Lateinamerikas nicht die Staatsführung selbst hauptverantwortlich für die Gewaltexzesse war, sondern mit dem »Leuchtenden Pfad« (*Sendero Luminoso*) eine maoistisch geprägte Terrorgruppe, deren Gewalt sich sowohl gegen bäuerliche Landbewohner als auch gegen die staatlichen Sicherheitskräfte richtete, die wiederum mit Gegengewalt reagierten und dabei auch gegen die Zivilbevölkerung vorgingen.³ Trotz dieser für Lateinamerika einzigartigen Konfliktstruktur (Oettler 2004) ergeben sich daraus jedoch vergleichbare Problemlagen und Konsequenzen für die soziale Kohäsion der Gesellschaft, die sich auch in anderen Post-Konflikt-Staaten Lateinamerikas beobachten lassen: Armut, Rassismus, politische und soziale Exklusion sind somit immer wiederkehrende Bestimmungsfaktoren in der Eskalationsdynamik der Gewalt und deren Auswirkungen.⁴ Auch die langfristigen Folgen für die Opfer sind vielfach dieselben: psychische Traumata, Vertreibung, sowie ein Konglomerat latenter oder virulenter Konfliktlagen unterschiedlicher Ausprägung.

Für die Aufarbeitung konfliktiver Gewalterfahrungen der Vergangenheit als Grundlage für die Ausgestaltung einer Friedenskultur lässt sich daraus ableiten, dass sich eine dauerhafte Konsolidierung des Friedens und der Aufbau ziviler Mechanismen für die Bearbeitung und Transformation aktueller und zukünftiger Konflikte nur dann erreichen lässt, wenn dies

³ Der Abschlussbericht der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission nennt den Leuchtenden Pfad als Hauptverantwortlichen für 54 % aller Todesopfer und Verschwundenen in der Zeit von 1980 bis 2000, während ca. 35 % in die Verantwortung der staatlichen Sicherheitskräfte fallen. (Vgl. CVR Informe final, Band 1, S. 136).

⁴ Dies gilt insbesondere für multiethnische Staaten wie Peru und Guatemala, während sich die Gewaltmuster in den Diktaturen der »Cono Sur«-Staaten wie Chile und Argentinien in erster Linie gegen die politischen Gegner des Regimes richteten, die sich in der Regel aus der bürgerlichen Mittelschicht rekrutierten.

auch eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der virulenten Vergangenheit mit einschließt. Das zeigen auch die Ergebnisse einer regionalen Friedenskonferenz in Peru mit Teilnehmern aus neun lateinamerikanischen Post-Konflikt-Staaten, deren Erfahrungen im Rahmen verschiedener Projekte innerhalb eines multidisziplinären Bearbeitungsspektrums zwar nationale Spezifika widerspiegeln, gleichzeitig aber auch gemeinsame Themenfelder und Konfliktlinien erkennen lassen.⁵ Im Hinblick auf eine Friedenskonsolidierung in den Post-Konflikt-Staaten Lateinamerikas lassen sich dabei drei zentrale Säulen identifizieren, die eine gleichgewichtige Bearbeitung erfordern:

- Die Dokumentation der Vergangenheit und die Herstellung von Öffentlichkeit durch eine gesamtgesellschaftliche Erinnerungskultur.
- Die Rekonstruktion gesellschaftlicher Kohäsion unter Einschluss marginalisierter Bevölkerungsgruppen.
- Der Ausbau partizipativer Strukturen für den Dialog staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Dieser Ansatz steht im Kontext der Konflikttransformation und begreift Frieden als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sowie als langfristigen, mehrdimensionalen Prozess, der unterschiedliche Akteurs- und Handlungsebenen einschließt. Ziel ist es, nicht nur eine gewaltsame Eskalation des Konflikt- austrags zu verhindern, sondern auch Formen struktureller Gewalt sowie wahrgenommene und tatsächliche Ursachen und Einflussfaktoren in den Blick zu nehmen. Folglich ist für eine wirksame friedenspolitische Bearbeitung aller relevanten Transformationsebenen die Kooperation staatlicher und gesellschaftlicher Akteure unerlässlich und erfordert in jedem Fall einen langen Atem: Konflikttransformation zielt auf einen umfassenden Wandel gesellschaftlicher und politischer Strukturen und verspricht somit keine kurzfristigen Erfolge.

Die Erfahrungen in den lateinamerikanischen Staaten zeigen jedoch, dass insbesondere auf subnationaler Ebene angesiedelte Projekte und Initiativen unter Beteiligung von lokalen Akteuren mitunter besondere Wirkung entfalten können. Dazu soll im Folgenden anhand ausgewählter Beispiele unterschiedlicher regionaler Zuordnung diskutiert werden, inwieweit die politische Realität in den lateinamerikanischen Post-Konflikt-Staaten nach wie vor von den Nachwehen einer belasteten Vergangenheit bestimmt wird und welche Erkenntnisse sich daraus für die Ausgestaltung einer konsolidierten Friedenskultur im lateinamerikanischen Kontext gewinnen lassen.

2.1 Erinnerungskultur und Vergangenheitsbewältigung

Im Oktober 2005 wurde in der Provinzhauptstadt Ayacucho in den peruanischen Anden ein besonderes Museum eingeweiht: In der Region, wo in den 1980er Jahren die Schreckensherr-

⁵ Die regionale Konferenz zum Thema Vergangenheitsarbeit und Friedenskultur fand als gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), Internationale Weiterbildung und Entwicklung InWEnt und des peruanischen Frauen- und Entwicklungministeriums MIMDES vom 16. bis 21. Oktober 2005 in Lima und Ayacucho statt. Siehe dazu auch die Dokumentation im Internet: www.memoriaypaz.org.

schaft des Leuchtenden Pfades begonnen hatte, wird heute mit dem »Museum der Erinnerung« der Opfer der Gewalt gedacht, die in Peru fast 70.000 Tote und Verschwundene gefordert hat.⁶ Das Museum ist das Resultat des jahrelangen Engagements einer Gruppe von Müttern, inzwischen hochbetagte Frauen, die sich in der »Nationalen Vereinigung von Angehörigen der Verschleppten, Inhaftierten und Verschwundenen in Peru, ANFASEP« zusammengeschlossen haben, um das Schicksal ihrer Familienangehörigen aufzudecken. Die Einweihung dieser Gedenkstätte zwei Jahre nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission kann sicherlich als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass sich die Voraussetzungen für eine Aufarbeitung der gewaltgeprägten Vergangenheit durch die Präsenz des Themas im gesellschaftspolitischen Diskurs merklich erweitert haben.

In fast allen lateinamerikanischen Post-Konflikt-Staaten gibt es Beispiele für solche und ähnliche Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die im Andenken an die Opfer politische und juristische Gerechtigkeit einfordern.⁷ Nicht selten stößt ein solches Engagement jedoch nicht nur auf den Widerstand staatlicher oder militärischer Oligarchiekartelle, sondern auch auf gesellschaftliche Ablehnung; zumal wenn die offizielle Lesart der Vergangenheit die spezifischen Gewalterfahrungen einzelner Opfergruppen ausklammert oder gar negiert (vgl. Jelin 2002). Daran wird unter anderem deutlich, dass die Rekonstruktion kollektiver Erinnerung als Grundlage einer nachhaltigen Friedenskultur in mehrfacher Hinsicht entscheidend ist: sowohl für die Würdigung der Opfer, als auch für die gesamtgesellschaftliche Teilhabe an der Aufarbeitung der Vergangenheit sowie für die Übernahme politischer Verantwortung durch die staatliche Führung. Ein verbindendes Element ist dabei der Aspekt der Prävention sowie die Integration der von Gewalt besonders betroffenen Bevölkerungsschichten. Neben ihrer unmittelbaren Funktion als Orte der Trauer und Erinnerung dienen solche Museen wie das der Mütter von Ayacucho aber auch der symbolischen Wiedergutmachung und Rehabilitation der Opfer und erfüllen damit eine der zentralen Empfehlungen vieler lateinamerikanischer Wahrheitskommissionen. Ein Beispiel hierfür ist etwa das »Museum der Bilder und Worte« in El Salvador, das gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft unter anderem ein nationales Denkmal für die Toten und Verschwundenen des salvadorianischen Bürgerkrieges verwirklichen konnte.⁸ Heute dient die Gedenkstätte als offizielles Mahnmal und wird auch für staatliche Zeremonien verwendet.

Die Herstellung von Öffentlichkeit ist jedoch nicht nur als Grundlage einer kollektiven Erinnerungskultur von großer

6 Nach Angaben der Peruanischen Kommission für Wahrheit und Versöhnung (CVR) lag die Zahl der Toten und Verschwundenen in Folge der bewaffneten Auseinandersetzung des *Sendero Luminoso* und der peruanischen Armee in den Jahren 1980 bis 2000 bei 69.280. Über 40 % der Opfer stammten aus der Region Ayacucho.

7 Dazu definierte die Interamerikanische Menschenrechtskommission in einer Erklärung von 1985 »das unveräußerliche Recht einer jeden Gesellschaft, die Wahrheit über das Geschehene zu erfahren sowie über die Umstände begangener Verbrechen, um eine Wiederholung ähnlicher Entwicklungen zukünftig zu verhindern« (in Übersetzung nach Cuya 1996).

8 Der zwölfjährige Bürgerkrieg in El Salvador wurde im Januar 1992 durch ein von der UN vermitteltes Friedensabkommen zwischen der salvadorianischen Regierung und der »Nationalen Befreiungsfront Faribundo Marti« FMLN beendet und forderte etwa 70.000 Todesopfer (Gairdner 1999).

Bedeutung, sondern darüber hinaus auch unverzichtbare Voraussetzung, um politische und gesellschaftliche Ausweichstrategien zu überwinden. Das gilt insbesondere für das von der katholischen Diözese in Guatemala initiierte und im Hinblick auf den damit verbundenen Untersuchungsaufwand herausragende Projekt zur »Wiederbelebung der historischen Erinnerung«, REMHI⁹. Dessen viel beachteter Abschlussbericht dokumentiert über 55.000 Menschenrechtsverletzungen, zeigt die Verantwortlichkeit der guatemaltekischen Armee für über 90 % der Übergriffe und belegt den systematischen Genozid an der Volksgruppe der Maya (vgl. Lerche 2000). Dass allein mit der Veröffentlichung solcher Erkenntnisse das Klima der Angst und politischer Unsicherheit aber noch nicht überwunden ist, zeigt die Ermordung des Weihbischofs der Erzdiözese von Guatemala und Leiter der kirchlichen Kommission, Juan Gerardi Conedere, unmittelbar nach der Präsentation der Ergebnisse.

In der Debatte um Erinnerung und Vergessen gibt es viele Wahrheiten, die jedoch nicht immer politisch erwünscht sind. Die eigentliche Herausforderung liegt somit in der Wiederherstellung gemeinsamer sozialer Bezugsmuster über tradierte Konfrontationslinien hinweg, die sich häufig in einer Disqualifizierung und Stigmatisierung der Opfer widerspiegeln, deren Gewalterfahrungen nicht in die Lebenswirklichkeit der Gesamtbevölkerung vordringen. Eine solche Zäsur lässt sich daher kaum oder zumindest nicht ausschließlich durch bloße voluntative Akte und politischen Symbolismus überwinden (Hoppe 2003). Notwendig ist vielmehr der Versuch, die Subjektivität der Erinnerung an erlittenes Unrecht in eine kollektive Geschichtsinterpretation zu überführen, die auch traditionell benachteiligte Randgruppen sowie soziale und ethnische Minderheiten mit einschließt.

2.2 Nationale Katharsis und sozialer Wandel

Staat und Zivilgesellschaft stehen gemeinsam in der Verantwortung, um Formen sozialer und politischer Ausgrenzung durch solche zu ersetzen, die langfristig geeignet sind, eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsschichten innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens zu gewährleisten. Gerade am Beispiel Perus zeigt sich jedoch auch die enorme Tragweite dieser Aufgabe, da hier, wie auch in Guatemala, die ethnische oder soziale Zugehörigkeit darüber entschied, wer zum Opfer wurde: In Guatemala gehörten über 80 % der Opfer der Maya-Volksgruppe an, deren kulturelle Traditionen systematisch zerstört wurden. In Peru sprachen 75 % der Opfer Quetchua oder andere indigene Sprachen, 80 % lebten in verarmten ländlichen Regionen der Anden. Die Bevölkerung außerhalb der betroffenen Gebiete blieb jedoch weitgehend indifferent gegenüber dieser Eskalation der Gewalt und be-

9 Im Osloer Friedensabkommen von 1994 wurde die offizielle »Kommission zur Historischen Aufklärung« CEH beauftragt, die während des über drei Jahrzehnte andauernden Konflikts zwischen den guatemaltekischen Streitkräften und der Rebellenbewegung »Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca« (URBG) begangenen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen; sie war aber wegen ihres begrenzten Mandats und mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen dazu kaum in der Lage (vgl. Lerche 2000). Das REMHI Projekt der katholischen Kirche versteht sich offiziell als eine Ergänzung und Unterstützung der offiziellen Kommission.

schränkte sich auf die Forderung nach einer Politik der starken Hand (vgl. CVR 2003). Die peruanische Tragödie, die von den Bewohnern der ländlichen Gebiete in den Anden und der Amazonasregion, den indigenen Volksgruppen und von den untersten Schichten der Gesellschaft durchlitten wurde, wurde vom Rest des Landes nicht als eigene erfahren und gibt damit Einblick in nach wie vor bestehende Strukturen sozialer Ausgrenzung und ethnischer Diskriminierung (vgl. CVR 2003). Es kann daher als besonderer Verdienst der Kommission gelten, den alltäglichen Rassismus und die gesellschaftliche Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten erstmals als solche benannt und auf der politischen Agenda platziert zu haben.

Sollen solche Exklusionsmechanismen zumindest langfristig überwunden werden, muss sich die gesellschaftliche Diversität zwangsläufig auch in einer interkulturellen Konfliktbearbeitung widerspiegeln, um ein entsprechendes Problembewusstsein zu schaffen und repressive soziale Strukturen zu überwinden. Denn noch immer wird die Benachteiligung einzelner Bevölkerungsschichten, und dabei vor allem bürgerlicher und indigener Gruppen, in vielen lateinamerikanischen Staaten als gleichsam naturgemäß betrachtet und deren Angehörige nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert (vgl. IDL 2003). Um deren Stigmatisierung als quasi legitime Opfer der Gewalt zu überwinden, wird daher ein offener Diskurs in Politik und Gesellschaft über den Umgang mit ethnisch-kulturellen Identitäten und sozialen Gegensätzen zur unverzichtbaren Bedingung für die Entwicklung einer Friedenskultur.

In diesem Zusammenhang kommt speziell dem Bildungs- und Erziehungswesen eine herausragende Bedeutung zu, zumal Kinder und Jugendliche von den Gewalterfahrungen der Vergangenheit besonders betroffen sind. Umso bedeutsamer ist daher ein nachhaltiges friedenspädagogisches Konzept, das im Zusammenspiel mit entsprechenden politischen Programmen und Reformen geeignet ist, gesellschaftliche Randgruppen und Minderheiten in ein gleichberechtigtes soziales Miteinander zu integrieren. Zentrale Aspekte sind dabei die Berücksichtigung sprachlicher und kultureller Identitäten sowie eine enge Anbindung an das lokale Umfeld. Das zeigt auch das Beispiel der peruanischen NGO-Initiative EDUCA, deren Projekt zur Friedenserziehung an öffentlichen Schulen sich speziell an die Bevölkerung in den städtischen Randgebieten richtet, deren Bewohner aus den ländlichen Andenregionen in die Hauptstadt geflüchtet waren. Das Projekt vertritt einen ganzheitlichen Ansatz, der neben Methoden zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung daher auch zentrale ethisch-moralische Grundwerte im Sinne einer solidarischen Gesellschaftsordnung unter Anerkennung der Menschenrechte vermittelt. Ein wesentliches Hindernis für solche und ähnliche Initiativen besteht jedoch weiterhin darin, dass sowohl die Gesellschaft als solche als auch das Bildungs- und Erziehungswesen analog zu anderen friedenspolitisch relevanten Schlüsselbereichen wie dem Mediensystem von autoritären Strukturen durchzogen und nur eingeschränkt dazu in der Lage sind, einen aktiven Beitrag für den politischen Diskurs zu leisten. Am Beispiel des peruanischen Bildungssystems äußert sich dieses Defizit unter anderem darin, dass Themen der Vergangenheitsbewältigung und Formen partizipativer Beteiligung in den Lehrplänen an Schulen und Universitäten bislang nicht vorgesehen sind.¹⁰

10 Angaben nach EDUCA 2005.

Ähnliches gilt auch für einen weiteren wesentlichen Aspekt im Zusammenhang mit der Überwindung einer so einschneidenden Zäsur, wie sie durch schwere Menschenrechtsverletzungen und massive Gewalterfahrungen entsteht: die Bewältigung der psychischen Folgen für die Opfer oder zumindest der Versuch einer solchen. Denn nach wie vor wird die emotionale Traumatisierung der Betroffenen mit den damit verbundenen Auswirkungen für die soziale Kohäsion der Gesellschaft in vielen Post-Konflikt-Staaten oft nicht ausreichend berücksichtigt und birgt damit die Gefahr eines unumkehrbaren gesellschaftlichen Zerfalls.¹¹

Die Erfahrungen aus der eingangs genannten lateinamerikanischen Friedenskonferenz in Peru und den dort vorgestellten Projekten lassen jedoch darauf schließen, dass sich erste Schritte für eine Aufarbeitung der Vergangenheit im Sinne einer Rehabilitation der Opfer und einer gesellschaftlichen Anerkennung des erlittenen Unrechts insbesondere auf lokaler Ebene erreichen lassen. Während nationale Reparationsprogramme häufig die tatsächlichen Bedürfnisse der Opfer zumindest kurzfristig nicht befriedigen können, sind lokale Initiativen dazu eher in der Lage. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Dialog zwischen den von der Gewalt besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen mit kommunalen Autoritäten, um bestehende Widerstände und Konfrontationslinien auf beiden Seiten durch die Übernahme politischer Verantwortung im Interesse der Opfer zu ersetzen.

2.3 Staat und Zivilgesellschaft im Dialog

Eben diese politische Verantwortung für eine nachhaltige Aufarbeitung der Vergangenheit erweist sich auf der Ebene des Nationalstaats jedoch als das zentrale Dilemma für einen demokratischen Neuanfang. Denn in der politischen Tradition Lateinamerikas definiert sich Zivilgesellschaft in erster Linie als ein emanzipatorisches Konzept in Opposition zum Staat, was sich aus der autoritären Vergangenheit vieler lateinamerikanischer Staaten herleiten lässt. Zudem ist das Regierungshandeln meist eng an Personen gebunden, kaum institutionell verankert und daher für langfristig angelegte Konsolidierungsprogramme wenig geeignet. Ausschlaggebend ist jedoch, dass allein der Staat die Verantwortung für eine juristische Verfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen übernehmen kann und als Adressat der Empfehlungen nationaler Wahrheitskommissionen zudem in der Pflicht steht, diese durch entsprechende Reformen und Reparationen umzusetzen.

Erschwerend wirkt dabei, dass gerade in den Transitionsstaaten mit autoritärer Vorgeschichte die aktuelle Regierung häufig eine andere Wahrheit propagiert als die der Untersuchungskommissionen und daher die Übernahme politischer Verantwortung verweigert. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Initiative für eine Aufarbeitung historischer

11 Zu den Folgen gewaltbedingter Traumatisierung zählen unter anderem schwere Depressionen, Alkoholmissbrauch und ein signifikanter Anstieg familiärer Gewalt, wovon insbesondere Frauen betroffen sind. Das immense Ausmaß dieses Problems zeigt sich unter anderem am Beispiel Ayacuchos: 84 % der Bevölkerung haben dort ein Familienmitglied und/oder Verwandte durch Tod oder »Verschwinden« verloren (nach Angaben des Peruanischen Gesundheitsministeriums).

Gewalterfahrungen in der Regel von der Zivilgesellschaft ausgeht und dabei insbesondere von Betroffenenorganisationen und Menschenrechtsgruppen. Gleichwohl bleibt die Zivilgesellschaft vieler lateinamerikanischer Post-Konflikt-Staaten fragmentiert und ist daher kaum in der Lage, eine konstruktive Vermittlungsposition im Zusammenspiel staatlicher und sozialer Akteure wahrzunehmen, deren Verhältnis zumindest auf nationaler Ebene oft weiterhin von abwartender Distanz bis hin zu offener Gegnerschaft geprägt ist (vgl. Birle 2000). Einen möglichen Ausweg für eine schrittweise Überwindung dieser Konfrontationslinien kann aber auch hier die Kooperation auf der Ebene von Gemeinden und Kommunen eröffnen, die zudem häufig früher einsetzen und alternative Möglichkeiten der Zusammenarbeit nutzen kann (vgl. GTZ 2005).¹² Ein interessantes Beispiel hierfür ist das von der EU geförderte kommunale »Friedenslabor« in der *Magdalena Medio*-Region im Norden Kolumbiens.¹³ Das Projekt versteht sich als ein friedens- und entwicklungspolitisches Experiment und bearbeitet dabei unter direkter Beteiligung der lokalen Bevölkerung ein bedürfnisorientiertes Themenspektrum in 30 ländlichen Gemeinden. Ziel ist es zum einen, partizipative Entscheidungs- und Steuerungsprozesse in den Gemeinden zu fördern sowie nachhaltig Lebensgrundlagen zu sichern und damit Formen struktureller Gewalt langfristig durch ein solidarisches Gemeinwesen zu ersetzen.¹⁴ Ein besonderer Vorteil des »Friedenslabors« liegt dabei in seiner Binnenperspektive, die das friedenspolitische Potenzial lokaler Akteure und der betroffenen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt und damit bereits sichtbare Erfolge im Hinblick auf die Entwicklung einer regionalen Friedenskultur erreichen konnte, wenn auch mitunter mit politischen Reibungsverlusten.

Die Übernahme politischer Verantwortung ist auch im Zusammenhang mit individuellen und kollektiven Reparationsleistungen an die Opfer massiver Menschenrechtsverletzungen von zentraler Bedeutung, die politische Verbindlichkeit und eine legitime Vergabeinstanz unter Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen erfordern. Zudem sind solche Entschädigungen als Ausdruck der staatlichen Fürsorgepflicht häufig auch eine zentrale Empfehlung nationaler Wahrheitskommissionen und können in unterschiedlicher Form geleistet werden, um den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu werden. Dazu zählen unter anderem symbolische Ehrungen und Gedenkstätten, Erziehungs- und Gesundheitsprogramme, die Rehabilitierung und Förderung von Bürgerrechten sowie kollektive oder individuelle Zahlungen an die Opfer oder Hinter-

bliebene. Gerade für die von der Gewalt besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen kann eine solche Anerkennung, selbst wenn sie sich auf symbolische Akte beschränken sollte, dazu beitragen, die Isolation von der übrigen Gesellschaft schrittweise zu überwinden und den Staat mit seinen Institutionen als legitime Instanzen für eine Aufarbeitung der Vergangenheit jenseits politischer Manipulation zu akzeptieren. Dies setzt jedoch voraus, dass sich solche staatlichen Zusagen nicht auf bloße Absichtserklärungen beschränken.

In den Post-Konflikt-Staaten Lateinamerikas lassen sich diesbezüglich unterschiedliche Reaktionen beobachten: Während in Chile inzwischen ein nationales Reparationsprogramm initiiert wurde, das unter anderem spezielle Pensionszahlungen, Leistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie Maßnahmen für die Wiedereingliederung politischer Flüchtlinge und Exilanten umfasst, wurde in Guatemala und El Salvador zwar ein ähnlicher Entschädigungskatalog empfohlen, jedoch nicht umgesetzt (IDL 2003). In Peru wurde im Anschluss an die Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission ein nationaler Reparationsplan verabschiedet.¹⁵ Die Umsetzung dieser Maßnahmen verläuft jedoch sehr schleppend, zumal der kürzlich neu gewählte Präsident Alan García diesbezüglich sehr zurückhaltend agiert. García war bereits von 1985 bis 1990 Präsident und wird für massive Menschenrechtsverletzungen des Militärs während seiner damaligen Regierungszeit verantwortlich gemacht.¹⁶

Ein interessantes Detail ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass auch hier lokale Entschädigungsleistungen der Umsetzung auf nationaler Ebene mitunter schon einen Schritt voraus sind. Das gilt insbesondere für die Andenregion Huancavélica, die neben Ayacucho und dem Amazonastiefland zu den von der Gewalt am stärksten betroffenen Gebieten zählt. So hat die dortige Regionalregierung schon wenige Monate nach dem Abschlussbericht der peruanischen Wahrheitskommission einen regionalen Reparationsplan verabschiedet, ein kommunales Steuerungsgremium für dessen Umsetzung geschaffen und ein Pilotprojekt für ein lokales Opferregister initiiert.¹⁷ Diese Beobachtungen unterstreichen damit insofern die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Rekonstruktion einer gemeinsamen Erinnerungskultur, dass auch die Ausgestaltung partizipativer Strukturen im Zusammenspiel staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure einer regionalen Ansatzebene bedarf, um langfristig die politischen und sozialen Voraussetzungen für eine postkonfliktive Friedenskultur zu schaffen.

3. Frieden als Transformationsprozess

Diese Erfahrungen lassen jedoch kaum den Schluss zu, dass die gesamtnationale Aufarbeitung gewaltbelasteter Vergan-

12 Das zeigen u.a. die Initiative zur »Wiederherstellung kollektiver Erinnerungen in Ayacucho und Huancavélica« sowie das »Präventionsprojekt zur Verhinderung von Folter durch die Sensibilisierung und Aufklärung politischer, militärischer und polizeilicher Führungskräfte« in Peru. Beide Projekte hatten direkte politische Konsequenzen auf kommunaler Ebene. Dazu zählen öffentliche Gedenkveranstaltungen und Seminare in einzelnen Gemeinden sowie Annäherungsprozesse zwischen Vertretern der staatlichen Sicherheitskräfte und Menschenrechtsorganisationen.

13 Kolumbien stellt im Zusammenhang mit den hier diskutierten Fallbeispielen insofern eine Ausnahme dar, als dort mit dem vor über vier Jahrzehnten begonnenen und damit ältesten Krieg auf dem lateinamerikanischen Kontinent zwischen der kolumbianischen Regierung, den Guerillavärenden von FARC und ELN und verschiedenen paramilitärischen Gruppen nach wie vor ein akuter Gewaltkonflikt ausgetragen wird und das Land damit von einer postkonfliktiven Friedensordnung noch weit entfernt ist. Gerade die lange Konfliktzeit in Kolumbien trägt aber auch dazu bei, dass sich, insbesondere auf der regionalen Ebene, ziviler Widerstand gegen die Kampfhandlungen entwickeln und formieren konnte.

14 Vgl. dazu auch die Projektdarstellung im Internet: <http://www.pdpmm.org.co>.

15 Der »Integrale Reparationsplan« (PIR) sieht dazu u.a. symbolische und materielle Entschädigungen vor sowie individuelle und kollektive Leistungen in den Bereichen, Justiz, Gesundheit und Erziehung.

16 Darunter die Massaker in den Dörfern Cayara und Accomarca im Juli 1985 und Mai 1988, wo etliche Bewohner als vermeintliche Anhänger des Senderos von Militärpatrouillen brutal gefoltert und ermordet wurden.

17 Der Regionale Reparationsplan für Huancavelica wurde am 22. September 2004 durch eine kommunale Gesetzesverordnung beschlossen. Das Pilotprojekt für die Erstellung eines regionalen Opferregisters wurde im April 2005 vorgestellt und ist im November angelaufen.

genheit in den Post-Konflikt-Staaten Lateinamerikas grundsätzlich zum Scheitern verurteilt ist. Vielmehr verspricht gerade das Zusammenspiel unterschiedlicher Ansatz- und Akteursebenen auf lange Sicht bessere Erfolgsaussichten für die Ausgestaltung einer belastbaren Friedensordnung. Zwar zeigen die Erfahrungen in den lateinamerikanischen Staaten, dass auf regionaler Ebene angesiedelte Projekte und Initiativen eine besondere Wirkung entfalten können; eine nachhaltige Konflikttransformation erfordert jedoch einen umfassenden Wandel gesellschaftlicher und politischer Strukturen, der sich nur durch die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der Gewaltvergangenheit erreichen lässt. Nationale Wahrheitskommissionen sind dabei ein wichtiges Instrument, um langfristig eine gesellschaftliche Aussöhnung auf den Weg zu bringen. Deren Erkenntnisse und Empfehlungen spiegeln zwar jeweils nationale Spezifika und Konfliktlinien wider, dienen aber auch als ein verbindendes Element für den länderübergreifenden Dialog und transnationale Lernprozesse im Zusammenspiel staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Folglich kann sich eine tragfähige Friedenskultur in den Post-Konflikt-Staaten Lateinamerikas dann am besten entwickeln, wenn es gelingt, einerseits lokale und kommunale Initiativen zu stärken sowie darüber hinaus nationale Partizipationsmechanismen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen am politischen Prozess zu entwickeln und zu nutzen.

Literatur

Birle, Peter (2000): »Zivilgesellschaft in Südamerika. Mythos und Realität«, in: Merkel, Wolfgang (Hg.) (2000): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*. Opladen: Leske + Budrich, S. 231-265.

Brahm, Eric (2004): »Truth Commissions. Beyond Intractability«, in: Burgess/Burgess: *Conflict Research Consortium, University of Colorado, Boulder*.

Comisión de la Verdad y Reconciliación CVR (2003): *Un pasado de violencia, un futuro de paz. 20 años de violencia 1980-2000. Publicación basada en el Informe Final de la Comisión de la Verdad y Reconciliación*. Lima.

Cuya, Esteban (1996): »Las Comisiones de la Verdad en América Latina«, in: *Revista Memoria, Dokumentations- und Informationszentrum Menschenrechte in Lateinamerika*.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2005): *Von Vergangenheitsbewältigung zu einer gemeinsamen Zukunft. Regionale und globale Herausforderungen von Versöhnung*. Konferenzbericht. Berlin, 31. Januar – 2. Februar 2005.

Gairdner, David (1999): *Truth in transition: the role of truth commissions in political transition in Chile and El Salvador*. Chr. Michelsen Institute Development Studies and Human Rights, 1999.

Hoppe, Thomas (2003): »Erinnerung, Gerechtigkeit und Versöhnung. Zum Umgang mit belasteter Vergangenheit in Post-Konflikt-Gesellschaften«, in: Calließ/Weller (Hg.), *Friedenstheorie: Fragen, Ansätze, Möglichkeiten* (Loccumer Protokolle 31/03), Loccum 2003, 233-263.

Instituto de Defensa Legal (IDL): *Especial IDEELE. Informe de la CVR. Oportunidad histórica para reconocernos y reaccionar. No 157, setiembre de 2003*, Lima.

Jelin, Elizabeth (2002): *Los trabajos de la memoria*. Editores Siglo Veintiuno. Madrid.

Lerche, Charles O. (2000): »Truth Commissions and National Reconciliation: Some Reflections on Theory and Practice«, in: *Peace and Conflict Studies*, May 2000, Vol. 7, Nr. 1, George Mason University, Fairfax, Virginia.

Oettler, Anika (2004): »Der Stachel der Wahrheit. Zur Geschichte und Zukunft der Wahrheitskommission in Lateinamerika«, in: *Lateinamerika Analysen* 9, Oktober 2004, S. 93-126. Hamburg: IIK.

Oettler, Anika (2003): *Peru: Aufarbeitung der »Zeit der Angst«. Die Wahrheitskommission fordert die politische Kultur des Landes heraus*. Institut für Iberoamerikakunde Hamburg. Brennpunkt Lateinamerika: Nr. 18 30. September 2003.

United States Institute for Peace: *Truth Commissions Digital Collection*. <http://www.usip.org/library/truth.html>

Konferenzberichte der Regionalkonferenz »Memoria Histórica y Cultura de Paz« vom 16. bis 21. Oktober in Ayacucho und Lima, Peru. Eine gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), Internationale Weiterbildung und Entwicklung InWEnt und des peruanischen Frauen- und Entwicklungministeriums MIMDES. (Unveröffentlichte Manuskripte).